

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Monatliche Beilagen: „Der Betriebsrat in der Holzindustrie“ und „Holzarbeiter-Frauenblatt“.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis monatlich 0,50 Goldmark. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin. Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrücker, Berlin. Redaktion und Expedition: Berlin SO. 13, Am Köllnischen Park 2.

Inserate: Die 6gespaltene Nonpareilzeile ober deren Raum nach Goldmark 50 Pf., Arbeitervermittlungen 30 Pf., Verbandsanzeigen 20 Pf. pro Zeile.

Die Wahlen zum Reichstag.

Die Reichstagswahl am 4. Mai hat ein wenig erfreuliches Ergebnis gezeitigt. Die Arbeitervertretung hat eine wesentliche Schwächung erfahren und in der Volksvertretung ist der Schwerpunkt ein gut Stück nach rechts verschoben worden. Mit einer Schwächung der Mittelparteien ist allgemein gerechnet worden. Die Flügelparteien rechts und links haben sich in dieser Hinsicht sogar sehr überschwinglichen Hoffnungen hingegeben, die jedoch bei weitem nicht in dem erwarteten Maße erfüllt wurden. Doch gewährt das nur einen schwachen Trost. Rechts haben die Deutschen Nationalen deutlich zum Ausdruck gebracht, daß sie einen Umschwung erwarten, der ihnen im neuen Reichstag die beherrschende Stellung verschaffen würde. In der letzten Zeit haben dann die verschiedenen nationalistischen Parteien, die sich neu aufgetan haben, eine so lebhaft propagandistische Entfaltung, daß angenommen wurde, sie würden den Deutschen Nationalen ernstlich Abbruch tun; diese Erwartung hat sich nicht erfüllt. Immerhin haben die verschiedenen Satenkreuzparteien 36 Mandate erlangt. Die Deutschen Nationalen haben ihre Abgeordnetenzahl trotz dieser Konkurrenz von 71 auf 98 gesteigert.

Links haben die Kommunisten die ganze Wucht ihrer rührigen Propaganda gegen die Sozialdemokratie gerichtet. Für sie war die Sozialdemokratische Partei der „stinkende Leichnam“, den sie beseitigen wollte. Tatsächlich hat die Kommunistische Partei wohl von allen Parteien den stärksten Erfolg errungen. Sie hatte bei der Auflösung des Reichstages 16 Abgeordnete und sie wird mit 62 Abgeordneten in den neuen Reichstag einziehen. Ihre Hoffnungen gingen allerdings viel weiter, sie hat es aber nicht zu verhindern vermocht, daß die Sozialdemokratische Partei, trotz der starken Verluste, die sie erlitten, immer noch mit 100 Abgeordneten die stärkste Partei auch im neuen Reichstag sein wird.

Ein charakteristisches Merkmal des diesmaligen Wahlkampfes war das Auftauchen zahlreicher neuer Parteien. Das ist der Ausdruck für die politische Zerissenheit unseres Volkes. Die politische Gruppierung hat in der Republik noch keine Festigkeit erlangt. Nach der Novemberrevolution haben alle bürgerlichen Parteien ihre Namen gewechselt, auch der Inhalt der Parteien ist ein anderer geworden. Nicht nur in persönlicher Hinsicht. Nur allmählich kristallisieren sich die Ziele der einzelnen Parteien heraus. Daher die Spaltungen, von der fast keine Partei verschont geblieben ist, das Hinüberwechseln mancher Abgeordneten von der einen Partei zu einer anderen. In noch viel höherem Maße zeigt sich diese Unfestigkeit bei den Wählern. Eine sehr große Zahl von Wählern läßt sich weniger von politischen Grundsätzen als von augenblicklichen Stimmungen leiten.

Bezeichnend hierfür ist das Schicksal der Sozialdemokratischen Partei. Als bei dem Zusammenbruch im Jahre 1918 der deutsche Kaiser nach Holland deportierte, seine Getreuen, die bis dahin die Macht in Händen hatten, sich feige verkrochen, da ergriff die Sozialdemokratie mit fester Hand das Steuer des führungslosen gewordenen Staatsschiffes. Von der Sozialdemokratie, die damals leider in zwei getrennten Gruppen marschierte, erhoffte die breite Volksmasse Erlösung von den furchtbaren Nöten, die der Krieg über das Land gebracht hatte. Daher die große Stimmenzahl, die sie im Jahre 1919 bei der Wahl zur Nationalversammlung auf sich vereinigte. Die weitgehenden Erwartungen konnten sich natürlich in dem vom Kriege ausgefegten Lande, auf dem die schwere Faust des Siegers lag, nicht erfüllen. Die Sympathien wandten sich in erheblichem Maße den in Opposition stehenden Unabhängigen zu, die es bei der Reichstagswahl im Jahre 1920 von 22 auf 81 Mandate brachten, während die Zahl der Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei von 165 auf 113 zurückging. Dadurch war ihr Einfluß geschwächt. Ihre Haltung war auch nicht einheitlich. Zeitweilig gehörte sie der Regierung an, um dann mehr oder weniger freiwillig aus ihr auszuschleichen. Für die Laten der Regierung wurde ihr aber von der Opposition rechts und links stets die Verantwortung aufgebürdet. Es kam, immer unter dem Druck von auswärts, der fortschreitende Verfall unserer Wirtschaft, die ungeheure Inflation mit ihren furchtbaren Folgen. Der Opposition brachte das sehr dankbare Stoff, indem sie die Sozialdemokratie mit der Schuld an allem Übel belastete, von dem das deutsche Volk heimgejagt wurde.

Der Zusammenschluß der beiden sozialdemokratischen Fraktionen brachte wohl eine Vermehrung der Mandate, deren Zahl schließlich 171 betrug, aber keine Vermehrung des parlamentarischen und außerparlamentarischen Einflusses. Von der Partei der Unabhängigen hatte sich inzwischen die Kommunistische Partei abgespalten, die unter den Parteimitgliedern einen viel stärkeren Anhang fand, als aus der Gruppierung der Abgeordneten. In der Spaltung geschlossen werden durfte. Die fortwährende Verschlechterung der Wirtschaftslage und die unbefriedigenden Zustände bewirkten, daß die Kreise, die besonders unter dem Elend zu leiden haben, sich aber über die Ursachen der Erscheinungen keine Rechenschaft abzulegen vermögen, von der Partei am

stärksten angezogen fühlen, die diese Zustände am schärfsten geißeln. Das erklärt das Anwachsen der kommunistischen Stimmen.

Hat der wirtschaftliche Druck, der hauptsächlich von der Mißhandlung Deutschlands durch die Entente herrührt, das Anwachsen der kommunistischen Partei verursacht, so haben die auf die gleiche Stelle zurückzuführenden politischen Demütigungen die nationalistische Strömung in Deutschland erstarken lassen. Die Phantasie des heranreisenden Jünglings träumt von Heldentaten. Der Mut schwellt ihm die Brust, er will, wie die Helden der Sage, ausziehen, Rache zu nehmen für die erlittene Niederlage und das Vaterland von den Feinden zu befreien. In seiner Naivität sieht er die realen Tatsachen nicht; diejenigen, die bei ruhiger Prüfung der Verhältnisse zu der Überzeugung gekommen sind, daß in der Erfüllungspolitik die einzige Rettung Deutschlands liegt, erscheinen ihm als Feiglinge und Landesverräter. Solche phantasiebegabten Jünglinge gibt es nicht nur in den höheren Schulen, auch viele Männer und zahlreiche Frauen im reiferen Alter gehören zu diesen politischen Rindern. Geführt und ausgestachelt werden sie von schlauen Politikern, die unsere außenpolitische Lage richtig zu erkennen vermögen, aber aus dem Anschwellen der nationalistischen Welle Erfolge für ihre reaktionäre Innenpolitik erhoffen.

Das sind die wesentlichsten Ursachen für den Ausfall der Reichstagswahl. Wenn man sie erkennt, dann weiß man auch, daß diese Reichstagswahl keine Schlüsse zuläßt auf die künftige politische Entwicklung des deutschen Volkes; es ist sehr wahrscheinlich, daß schon die nächste Wahl ein völlig verändertes Ergebnis zeitigen wird. Über vorläufig müssen wir mit diesem Reichstag rechnen, und da muß gesagt werden, daß das deutsche Volk und insbesondere die Arbeiterschaft von ihm nicht viel Gutes zu erwarten hat. Schon die Regierungsbildung wird Schwierigkeiten verursachen. Die Deutschen Nationalen erheben Anspruch auf die Führung. Ob ihr Verlangen befriedigt werden wird, ist ungewiß, denn die Mehrheitsverhältnisse sind sehr unsicher. Aber gleichviel ob die Deutschen Nationalen die führende Regierungspartei werden oder nicht, hat die Reaktion eine wesentliche Machterweiterung erfahren. Eine Frage von überragender Bedeutung ist die Stellungnahme zu dem Sachverständigengutachten, welches das künftige Verhältnis Deutschlands zur Entente regeln soll. Sie wird den Reichstag sehr bald nach seinem Zusammentritt beschäftigen. Eine Mehrheit für die Annahme des Gutachtens scheint vorhanden zu sein; aber für seine Durchführung müssen verfassungsändernde Gesetze beschlossen werden, die eine Zweidrittelmehrheit erfordern. Ob diese zu erlangen sein wird, ist ungewiß.

Für die Arbeiterschaft sehr wichtig ist der Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung. Arbeitszeitgesetz, Schlichtungsordnung, Arbeitsvertragsgesetz, Arbeitsgerichtsrecht, Arbeitslosenversicherungsgesetz, das sind nur einige wahllos herausgegriffene Punkte aus dem umfangreichen sozialpolitischen Programm, dessen Erledigung dem neuen Reichstag obliegt. Bei seiner Zusammensetzung sind die Aussichten für eine die Arbeiter befriedigende Lösung sehr gering. Das gleiche gilt auch für die Wirtschafts- und Steuerpolitik. Schon erhebt sich der Ruf nach Getreibeisfällen, die uns zum Nutzen der Agrarier das Brot verteuern sollen. Die Bedürfnisse des Reiches erfordern eine Steigerung der Reichseinnahmen. Schon der seitherige Reichstag war stark darauf bedacht, die Lasten nach Möglichkeit auf die breite Masse abzuwälzen und die Besitzenden zu schonen; diese Tendenz hat bei der Zusammensetzung des Reichstages eine sehr wesentliche Stärkung erfahren. Kurzum, die Arbeiterschaft hat alle Ursache, der Arbeit des neuen Reichstages mit Mißtrauen entgegenzusehen.

Der größte Feind der Arbeiterschaft ist ihre Uneinigkeit. Nicht nur daß die Uneinigkeit die moralische Kraft des Gegners stärkt, der Bruderkampf in der Arbeiterschaft mindert auch das zahlenmäßige Gewicht ihrer Stimmen. Eine Betrachtung des Wahlergebnisses unter diesen Gesichtspunkten ist recht lehrreich. Bei der letzten Reichstagswahl vor dem Kriege, im Jahre 1912, war die Sozialdemokratie noch einzig. Damals wurden insgesamt 12,207 Millionen Stimmen abgegeben, davon für die Sozialdemokratische Partei 4,250 Millionen oder 34,8 Prozent. Bei der Wahl zur Nationalversammlung 1919 war die Partei gespalten. Von 30,260 Millionen abgegebenen Stimmen entfielen 11,466 Millionen auf die Sozialdemokratische, 2,315 Millionen auf die Unabhängige Partei; zusammen 13,782 Millionen sozialistische Stimmen oder 45,5 Prozent. Bei der Reichstagswahl 1920 hatte die Spaltung Fortschritte gemacht; außer den beiden sozialistischen Parteien trat auch die kommunistische als Bewerber auf. Von 26 017 590 abgegebenen Stimmen erhielt die Sozialdemokratische Partei 5 614 456, die Unabhängige 4 895 317, die Kommunistische 4 41 995, zusammen 10 951 768 proletarische Stimmen oder 42,1 Prozent der abgegebenen.

Inzwischen haben sich die beiden sozialistischen Parteien vereinigt, aber von der unabhängigen Partei ist ein Teil

selbständig geblieben. Von dieser hat sich wieder eine Gruppe als „Sozialistischer Bund“ (Gruppe Lebebour) abgesplittert. Am 4. Mai gab es vier proletarische Parteien. Es erhielten die Sozialdemokratische Partei 5 973 770 Stimmen, die Kommunistische 3 712 001, die Unabhängige Partei 2 401 172 und der Sozialistische Bund 25 607 Stimmen. Das sind zusammen 9 951 550 oder 34,0 Prozent von den insgesamt 29 257 118 Stimmen, die bei der letzten Wahl abgegeben wurden. Dabei entfällt auf die Unabhängige Partei und den Sozialistischen Bund kein einziges Mandat, obwohl diese Stimmenzahl, wenn sie der größeren Partei zugeführt worden wären, noch etwa sechs proletarische Mandate erbracht hätte. — Ob die Arbeiter aus dieser Feststellung die nötige Lehre ziehen werden?

Die Aussperrung im Bergbau.

Der Kampf um die Arbeitszeit, den die deutschen Arbeiter zu führen gezwungen sind, tritt mit der großen Auseinandersetzung im Bergbau in ein entscheidendes Stadium. Seitdem es die Industriellen unter der tatkräftigen Mitwirkung, fast könnte man sagen der Führung, der Reichsregierung unternommen haben, den Achtstundentag zu beseitigen, wird der deutsche Wirtschaftskörper von heftigen Kämpfen erschüttert. Wenn es wirklich nur der Zweck der Übung gewesen wäre, die Produktion zu steigern, dann hätte es ungeschickter nicht angefangen werden können. Die große Zahl von Streiks, die noch umfangreicheren Aussperrungen müßten notwendig einen sehr beträchtlichen Produktionsausfall zur Folge haben.

Die Steigerung der Produktion durch Arbeitszeitverlängerung ist aber nur ein Vorwand. Was die Unternehmer materiell anstreben, ist eine Steigerung ihrer ohnehin zu hohen Gewinne durch unbezahlte Mehrarbeit. Über dieses Moment tritt zurück. Die erfahrenen Unternehmer und ihre Syndikate wissen ganz gut, daß die Verlängerung der Arbeitszeit nicht notwendig zu einer Steigerung der Produktion führt, daß sie unter Umständen sogar eine Minderung der Leistung zur Folge hat. Der Kampf um die Verlängerung der Arbeitszeit ist in der Hauptsache ein Teil der Aktion, die darauf abzielt, den Arbeitern ihre kümmerlichen Rechte zu nehmen und sie zu rechtlosen Heloten zu machen. Die Unternehmer wollen wieder unbeschränkte Herren in ihren Betrieben sein. Das gewaltige Anwachsen der Gewerkschaften hat sie gezwungen, einen Pflock zurückzusteden. Jetzt glauben sie dem Zeitpunkt gekommen, einen vernichtenden Schlag gegen die Gewerkschaften zu führen, und beschämenderweise leisten ihnen das Reichsarbeitsministerium hierbei Handlangerdienste.

Seit Ende Februar sind mehr als 50 000 Arbeiter auf den Seeschiffswerften ausgesperrt, darunter auch einige tausend Holzarbeiter, weil sie sich die 54stündige Arbeitszeit nicht aufzwingen lassen wollen. Dort haben die Unternehmer die Anerkennung eines vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärten Schiedsspruches abgelehnt. Das Reichsarbeitsministerium hat das ruhig hingegenommen. Als dann die Unternehmer zum Zwecke der Arbeitszeitverlängerung die Stellung eines Schlichters verlangten, die Arbeiter sich aber weigerten, vor der Durchführung des verbindlichen Schiedsspruches an den Verhandlungen teilzunehmen, da holte sich der Schlichter zwei Gelbe als „Arbeitervertreter“. Mit deren Hilfe wurde ein Spruch gefällt, der die 54stündige Arbeitszeit einführt, und schon am folgenden Tage wurde dieser Spruch vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärt. Die Folge war die Aussperrung der Werftarbeiter, die jetzt noch andauert. Noch kürzlich haben die Werftarbeiter mit überwältigender Mehrheit die Aufnahme der Arbeit zu den verschlechterten Arbeitsbedingungen abgelehnt.

Das ist der bisher umfangreichste von den zahlreichen Kämpfen gewesen, welche die Arbeiter zur Verteidigung des Achtstundentages zu führen gezwungen sind. Daß auch unser Deutscher Holzarbeiter-Verband mit im Vordertreffen dieser Kämpfe steht, ist bekannt, wenn auch die große Öffentlichkeit den Kämpfen in der Holzindustrie nicht die Aufmerksamkeit zuwendet wie den Massenkämpfen in anderen Industriezweigen.

Jetzt sind die Bergbauunternehmer mit der Massen-aussperrung auf den Plan getreten. Der gesamte Ruhrbergbau ist stillgelegt, und der Kampf dehnt sich auf die anderen Bergbaubezirke aus. Schon die große Zahl der Beteiligten, die etwa 500 000 beträgt, gibt diesem Wirtschaftskampf eine überragende Bedeutung. Diese Bedeutung wird aber noch gewaltig erhöht durch die einschneidenden Folgen, welche die Stilllegung unserer Kohlen-erzeugung notwendig zur Folge haben muß. Die gesamte deutsche Industrie wird in Mitleiden-schaft gezogen. Schon kommen Nachrichten, die die Stilllegung der Werke der Schmelzeisenindustrie wegen des Ausbleibens der Kohlenlieferung als unmittelbar bevorstehend bezeichnen, und die Kohlenvorräte der sonstigen Industrie, der Eisenbahnen usw. sind nicht derartig, als daß sie neue Zufuhren einige Zeit entbehren könnten. Ein solcher Riesenkampf auf wirtschaftlichem Gebiet birgt notwendig den Keim zu ersten politischen Kom-

plikationen in sich. Im vorliegenden Fall liegt die Sache noch schwieriger, als die Ausperrung die Lieferung der Reparationskohlen unmöglich macht und damit die Einmischung der Entente heraufbeschwört. Schwere Wetterwolken ziehen sich über Deutschland zusammen; wenn es nicht gelingt, sie schnell zu verteilen, dann müssen sie sich unheilvoll entladen.

Die Bergbauunternehmer sind geschworene Feinde der Gewerkschaften. Nur widerwillig haben sie sich zu ihrer Anerkennung bequemt, und die Tarifverträge empfinden sie schon lange als eine unbequeme Last, von der sie sich jetzt befreien wollen. Im Bergbau ist die Schichtzeit für Untertagearbeit tariflich auf 7 Stunden festgesetzt. Durch ein besonderes Abkommen, das bis zum 1. Mai galt, hatten sich aber die Bergarbeiter verpflichtet, 8 Stunden zu arbeiten. Die Differenzen begannen mit einer Lohnforderung der Bergarbeiter. Nach langen Verhandlungen wurden sie am 23. April durch einen Schiedspruch beigelegt, der eine 10prozentige Lohnerhöhung ab 15. April brachte, durch die jedoch die Löhne noch nicht einmal die Nominalhöhe der Vorkriegszeit erreichten. Die Unternehmer erklärten, auch im Falle der Verbindlichkeitsklärung diese Löhne nicht zahlen zu wollen. Die Arbeiter nahmen den Schiedspruch an, kündigten aber gleichzeitig das Übersichtenabkommen zum Ablauf auf den 1. Mai. Es folgten neue Verhandlungen, und am 28. April fällt ein Zwangsschiedsgericht einen Spruch, der die Schichtdauer unter Tage mit Gehalt bis zum 1. Oktober auf 8 Stunden verlängerte. Gleichzeitig dehnte der Schiedspruch die Wirksamkeit des bisherigen Rahmenvertrages, der die Siebenstundenschicht enthält, bis zum 1. Juni aus, um den Parteien die Möglichkeit zu geben, inzwischen einen neuen Vertrag zu vereinbaren. Dieser Schiedspruch wurde von allen Bergarbeiterverbänden abgelehnt. Die vier Bergarbeiterverbände, der freie Verband, der christliche, der Hirsch-Dunkerische und der polnische Verband, operieren in diesem Kampf gemeinsam, und sie haben auch gemeinsame Erklärungen veröffentlicht.

Die Bergarbeiterverbände wiesen ihre Mitglieder an, die Arbeit nach 7 Stunden (bzw. 8 Stunden für die Überarbeiter) zu verlassen. Das ist die durch Vertrag und Arbeitsordnung, welche letztere von den Unternehmern auf den 31. Juli gekündigt wurde, festgesetzte Arbeitszeit. Die Unternehmer verlangten die verlängerte Arbeitszeit. Da griff der Reichsarbeitsminister persönlich ein. Am 3. Mai fanden unter seinem Vorsitz Verhandlungen in Hamm statt mit dem Ergebnis, daß der Schiedspruch durch die Hinausschiebung der Lohnerhöhung auf den 1. Mai noch weiter verschlechtert und so vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt wurde. Darauf begann am 5. Mai die Ausperrung, weil die Arbeiter an der vertraglichen Arbeitszeit festhielten.

Die vier Bergarbeiterverbände haben in einer gemeinsamen Erklärung unter anderem gegen die Rechtsgültigkeit der Verbindlichkeitsklärung protestiert, weil sie eine Abänderung des Schiedspruches enthielt, die nur mit Zustimmung beider Parteien vorgenommen werden durfte. Der Arbeitsminister hat in einem Telegramm an den Zechenverband, das dieser veröffentlicht hat, behauptet, daß die Bergarbeiter der Abänderung des Schiedspruches zugestimmt hätten. Die vier Bergarbeiterverbände haben demgegenüber in einer öffentlichen Erklärung die Richtigkeit dieser Behauptung bestritten. Dieses Zwischenstück ist nicht unwichtig, denn auch der christliche Bergarbeiterverband macht dem ihm nahe stehenden Reichsarbeitsminister Brauns den Vorwurf der Unwahrhaftigkeit. Aber im Augenblick tritt die Bedeutung dieses Konfliktes zurück hinter die Frage, wie der Riesenkampf beigelegt ist. Das wird nicht leicht sein, denn das Scharfmachertum will Triumphe feiern, es will die Arbeiter in die Knie zwingen. Leichten Erfolgs führen die Zechenherren einen vernünftigen Schlag gegen die schwerranke deutsche Wirtschaft; mag alles zugrunde gehen, wenn es nur gelingt, die verhassten Gewerkschaften in den Staub zu treten. Der Riesenkampf kann zu unabsehbaren Folgen führen. Der Vogen ist überpannt, mögen die Nachhahler auf der Hut sein, daß er nicht in ihren Händen zerbricht.

Zur Inangriffnahme einer großzügigen Unterstützungsaktion erläßt der ADGB den folgenden Aufruf:

An die Ortsausschüsse des ADGB.

Ein Kampf von einer Ausdehnung, wie er in Deutschland bisher nicht durchzuführen war, ist in den Kohlengebieten entbrannt. Millionen sind in Mitleidenhaft gezogen, Opfer der schwersten Art sind von ihnen zu tragen.

Der Kampf, den die Bergarbeiter führen, ist gerecht. Alle Arbeiter sind davon überzeugt, und ihre Herzen schlagen für die gute Sache, um die gekämpft wird. Aber Sympathien allein genügen nicht. Die Bergleute müssen unterstützt werden; so gewaltig die Mittel auch sind, die dieser Kampf erfordert, das menschenmögliche, sie heranzuschaffen, muß getan werden.

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes haben in ihren gemeinsamen Aufrufen zur Einleitung von Sammlungen aufgefordert und die Ortsausschüsse beauftragt, das Erforderliche zu tun.

Hierbei ist keine Zeit zu verlieren. Sofort müssen die Ortsausschüsse Sammellisten herausgeben, und überall ist dafür zu sorgen, daß die Mittel reichlich fließen.

Schon in den Aufrufen ist als gemeinsame Zentralsammelstelle die Kasse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes genannt. Darauf ist bei der Ablieferung besonders zu achten. Sammelt rasch und liefert sofort den Ertrag ab! Der rasch gibt, gibt zwar nicht doppelt, er sorgt aber dafür, daß die Kampfbrosen nicht ohne Mittel bleiben.

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Das Ergebnis der Reichstagswahl am 4. Mai.

Auf Grund der bis zum Abend des 5. Mai bei ihm eingegangenen Meldungen hat der Reichswahlleiter das folgende vorläufige Ergebnis veröffentlicht:

	Stimmen	Mandate
Sozialdemokraten	5 973 770	100
Zentrum	3 899 022	65
Deutsche Volkspartei	2 642 843	44
Deutschnationale	5 755 609	96
Demokraten	1 657 451	28
Bayerische Volkspartei	941 982	16
Kommunisten	3 712 001	62
Bayerischer Bauernbund	683 093	10
Deutsch-Hannoveraner	318 451	5
Unabhängige Sozialdemokraten	240 172	—
Bund der Geusen	58 880	—
Christlich-Soziale Vereinigung	124 800	—
Deutsche Arbeitermerkmale	36 130	—
Deutschnationale Partei	338 356	4
Freiwirtschaftsbund	36 122	—
Häufiger-Bund	23 828	—
Landliste	568 288	9
Nationale Freiheitspartei	59 788	—
Nationale Minderheit Deutschlands	133 628	—
Partei der Mieter	46 975	—
Republikanische Partei Deutschlands	45 775	—
Sozialistischer Bund	25 607	—
Deutschnationale u. Nationalsozialisten	1 917 578	32
Bayerischer Mittelstandsbund	5 681	—
Völkischer Block	9 439	—
Parteilose Wirtschaftsgruppe	1 847	—
Zusammen:	29 257 116	471

Raubbau an der Volkskraft.

Die Entbehrungen der Kriegs- und Nachkriegszeit haben die körperliche Entwicklung der Kinder sehr ungünstig beeinflusst. Das erkennt man so recht bei näherer Betrachtung unserer Schuljugend; schätzt man doch recht häufig Kinder auf Grund des Eindruckes, den sie machen, um mehrere Jahre jünger, als sie wirklich sind. Dies gilt natürlich nur für die Kinder der Armen. Die Kinder der Wohlhabenden sind wohlgenährt und stehen hinsichtlich ihrer körperlichen Entwicklung wohlthuend ab von den unterernährten Kindern der arbeitenden Bevölkerung. Diese Beobachtungen, die man alltäglich machen kann, werden durch exakte Messungen bestätigt, welche auf Anordnung des Berliner Hauptgesundheitsamtes im Jahre 1923 an 16 203 Gemeindefschulern und 24 087 Besuchern höherer Lehranstalten vorgenommen wurden. Für jeden Jahrgang wurde die Größe und das durchschnittliche Gewicht festgestellt. Wir beschränken uns auf die Wiedergabe der Zahlen für die Altersstufen von 10 bis 14 Jahren.

Alter in Jahren	Gemeindefschulen				Höhere Schulen			
	Größe in Zentimeter		Gewicht in Kilogramm		Größe in Zentimeter		Gewicht in Kilogramm	
	Knaben	Mädch.	Knaben	Mädch.	Knaben	Mädch.	Knaben	Mädch.
10	130,1	129,0	27,0	26,3	134,1	133,5	28,9	29,8
11	134,2	133,9	29,0	28,8	137,7	138,1	31,0	31,7
12	137,8	138,7	31,1	31,6	142,1	142,8	35,6	35,5
13	142,9	143,5	34,1	35,5	147,3	148,8	47,3	49,6
14	147,1	148,5	37,7	40,8	153,5	153,1	41,9	43,9

Die Unterschiede sind zum Teil sehr beträchtlich. Seht man in diese Übersicht die Zahlen in den Gemeindefschulen gleich 100 und vergleicht Jahrgang für Jahrgang, dann ergibt sich für die höheren Schulen im Durchschnitt hinsichtlich der Größe für die Knaben 103,3, für die Mädchen 103,4; das heißt, in den höheren Schulen sind die Kinder im Durchschnitt um mehr als drei Prozent größer als in den Gemeindefschulen. Noch weit erheblicher ist der Gewichtsunterschied. Auch hier die Zahl für die Gemeindefschulen gleich 100 gesetzt, ergibt sich für die höheren Schulen bei den Knaben 108,5, bei den Mädchen 111,0.

Auffällig sind die vergleichsweise sehr günstigen Ergebnisse für die Mädchen in den höheren Schulen, die besonders bei den Gewichtsangaben beträchtlich sind. Hier tritt die Ursache für die bessere körperliche Entwicklung der Kinder in höheren Schulen am deutlichsten in Erscheinung. Unter den Knaben in den höheren Schulen stammt ein immerhin beachtlicher Prozentsatz aus minderbemittelten Bevölkerungsschichten, während wohl nur in seltenen Ausnahmefällen Mädchen aus den ärmeren Schichten in die höheren Schulen geschickt werden. Der Unterschied in der körperlichen Entwicklung der Mädchen in den beiden Schularten zeigt am deutlichsten die Wirkung der sozialen Erziehung auf den Nachwuchs. Die arbeitende Bevölkerung kann ihren Kindern nicht die Pflege, insbesondere nicht die Ernährung zuteil werden lassen, die zur vollen körperlichen Entwicklung notwendig wäre. Infolgedessen bleiben die Kinder der Armen zurück, sie degenerieren.

Die Ergebnisse der Erhebung über Größe und Gewicht unserer Schuljugend sollten insbesondere die Leute genau betrachten, die den Arbeitern predigen, daß sie entbehren müßten; daß für die Gesundung der Wirtschaft eine längere Arbeitszeit, für die Sicherung der Währungs niedrige Löhne notwendig wären. Das wertvollste Gut der Nation ist eine gesunde und leistungsfähige Bevölkerung. Die Zahlen aus der Schulstatistik sind eine ernste Warnung; sie zeigen, in welcher unverantwortlicher Weise Raubbau an den heiligsten Gütern der Nation getrieben wird.

Der Stand der Tarifverträge Ende 1922.

Die Reichsarbeitsverwaltung veröffentlicht im „Reichsarbeitsblatt“ eine Übersicht über die Bewegung und den Stand der Tarifverträge im Jahre 1922. Danach sind in diesem Jahre 4369 Tarifverträge für 554 552 Betriebe mit 7 932 314 Personen in Kraft getreten. Durch die Zunahme der Bezirks- und Reichstarifverträge hat sich die Zahl der in den letzten Jahren in Kraft getretenen Tarifverträge stark vermehrt. Es traten Tarifverträge in Kraft 1919: 9331, 1920: 8771 und 1921: 6507. Dagegen hat die Zahl der von den Tarifverträgen

erfaßten Betriebe eine starke Zunahme aufzuweisen. Im Jahre 1919 galten die in Kraft getretenen Tarifverträge für 245 302 Betriebe, 1920 für 341 416 Betriebe, 1921 für 481 147 Betriebe und 1922 für 554 552 Betriebe. Die Zahl der unter diese Tarifverträge fallenden Personen stieg von 5 694 508 im Jahre 1919 auf 8 086 945 im Jahre 1920. Sie sank im nächsten Jahr auf 7 905 879 und stieg 1922 wieder auf 7 932 314. Eine Zusammenstellung der seit 1912 jeweils am Jahreschluß geltenden Tarifverträge ergibt folgendes Bild:

	Tarifverträge	für Betriebe	mit beschäftigten Personen	Von d. Beschäftigten waren weibliche
1912	10 739	159 930	1 574 285	—
1913	10 885	143 088	1 308 597	—
1914	10 840	143 650	1 395 723	—
1915	10 171	121 697	943 442	—
1916	9 435	104 179	740 074	—
1917	8 864	91 313	905 670	—
1918	7 819	107 503	1 127 690	—
1919	11 009	272 251	5 986 475	—
1920	11 624	434 504	9 561 323	164 883
1921	11 488	697 476	12 882 874	2 729 788
1922	10 768	890 237	14 261 106	3 161 268

Die unter die Tarifverträge fallenden Arbeiterinnen werden erst seit 1920 gesondert gezählt. Die Zusammenstellung zeigt recht deutlich, welche gewaltige Entwicklung das Tarifvertragswesen in den letzten Jahren durchgemacht hat. Von den 14 261 106 Ende 1922 tariflich gebundenen Personen waren 8 817 253 gleich 61,8 Prozent organisiert. Noch unerfreulicher ist das Organisationsverhältnis bei den Arbeiterinnen; von den 3 161 268 waren 1 735 976 gleich 54,9 Prozent organisiert. Von den Ende 1922 geltenden Tarifverträgen waren 10 379 gleich 96,4 Prozent auf dem Verhandlungswege zum Abschluß gekommen. Diese galten für 857 643 gleich 96,3 Prozent der Betriebe mit 13 660 235 gleich 95,8 Prozent der tariflich gebundenen Personen.

Arbeitsrecht

Rechtswirksame Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen.

Am 18. Dezember 1923 fällt ein vom Reichsarbeitsminister eingesetzter Sonderprüfungsausschuß in Hamburg einen Schiedspruch, der vom 3. Dezember an eine Neuregelung der Löhne vorsah. Von den Unternehmern wurde der Schiedspruch abgelehnt, worauf seine Verbindlichkeitsklärung beantragt wurde. Nach der Verordnung über das Schlichtungswesen vom 30. Oktober 1923 kann ein Schiedspruch für verbindlich erklärt werden, wenn die in ihm getroffene Regelung bei gerechter Abwägung der Interessen beider Parteien der Billigkeit entspricht und ihre Durchführung aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen erforderlich ist. Der Reichsarbeitsminister, der über den Verbindlichkeitsantrag zu entscheiden hatte, glaubte, daß der Schiedspruch nicht ganz der „Billigkeit“ entspreche. Im Schiedspruch war bestimmt, daß seine Gültigkeit vom 3. Dezember 1923 an beginnt. Das paßte dem Reichsarbeitsminister unter nicht, er setzte den Gültigkeitstermin auf den 2. Januar 1924 fest, und den so abgeänderten Schiedspruch erklärte er dann für verbindlich. Nun besagen die vom Reichsarbeitsminister unter dem 29. Dezember erlassenen Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über das Schlichtungswesen in ihrem § 25: „Bei der Verbindlichkeitsklärung darf der Schiedspruch nur mit Zustimmung der Parteien abgeändert werden.“ An diese seine eigenen Bestimmungen hätte sich der Reichsarbeitsminister nicht gehalten, weshalb die Unternehmer die Rechtsgültigkeit der Verbindlichkeitsklärung bestritten und die Erfüllung des Schiedspruches ablehnten. Von den Arbeitern wurde daraufhin das Gewerbegericht Hamburg angerufen, das am 27. Februar 1924 die Klage aber abwies, also den Unternehmern recht gab. Unter Berufung auf den angeführten Satz der Ausführungsbestimmungen erklärt das Gewerbegericht, daß die Verbindlichkeitsklärung eine gesetzwidrige Abänderung des Schiedspruches enthält und daher ungültig ist. Die Abänderung hätte nur mit Zustimmung der Parteien erfolgen können.

Von den Arbeitern war bestritten worden, daß das Gewerbegericht zuständig sei, zu prüfen, ob die Verbindlichkeitsklärung Rechtsgültigkeit habe oder nicht. Sie wiesen darauf hin, daß nach den Ausführungsbestimmungen eine Entscheidung über die Verbindlichkeitsklärung endgültig sei. Dazu erklärt das Gewerbegericht, daß diese Ansicht fehlerhaft sei. Der angezogene Satz der Ausführungsbestimmungen wolle nur zum Ausdruck bringen, daß es gegen den Erlaß oder Nichterlaß einer Verbindlichkeitsklärung kein Rechtsmittel gibt. Er verlagert aber nicht eine richterliche Nachprüfung, ob die für die Gültigkeit erforderlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Die Verbindlichkeitsklärung ist ein Verwaltungsakt und nur im Rahmen bestimmter gesetzlicher Voraussetzungen zulässig und wirksam.

Keine Kostenvorschüsse beim Gewerbegericht.

In einem Rundschreiben des Reichsarbeitsministeriums vom 31. März 1924 wird es als unzulässig bezeichnet, daß, wie es in letzter Zeit vorgekommen ist, Gewerbegerichte und Kaufmannsgerichte bei der Klageerhebung vom Kläger einen Kostenvorschuss fordern. Das Gewerbegerichtsgesetz — mit Ausnahme des Vorschusses für die Ladung von Zeugen oder Sachverständigen (§§ 26, 44 Gewerbegerichtsgesetz, § 207 der Zivilprozessordnung) — nirgends eine Kostenvorschusspflicht der Parteien vor. Ein solches Verlangen könnte daher nur auf das Gerichtskostenrecht gestützt werden. Die Vorschriften des Gerichtskostengesetzes finden jedoch auf die Gewerbegerichte und Kaufmannsgerichte keine Anwendung. Für diese gelten vielmehr ausschließlich die §§ 58 bis 60 des Gewerbegerichtsgesetzes. Da sie keine Kostenvorschusspflicht begründen, kann eine solche auch nicht durch das Statut des Gewerbegerichts oder Kaufmannsgerichts eingeführt werden.

Aus dem Verbandsleben.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 20. Wochenbeitrag für die Woche vom 11. Mai bis 17. Mai fällig geworden.
Berlin S. O. 16, Am Köllnischen Park 2.
Der Vorstandsvorsitz.

Ein Sechzigjähriger.

Unser Gruß gilt dem Kollegen Robert Schmidt, der am 15. Mai sein sechzigstes Lebensjahr vollendet hat. Ein Leben, ausgefüllt von aufopfernder Tätigkeit im Dienste der Arbeiterbewegung. Die Arbeiterchaft hat sein Wirken anerkannt, indem sie ihm die höchsten Ehrenämter übertrug, die das Volk zu vergeben hat. Seit dem Jahre 1893 ist Robert Schmidt Mitglied des Reichstages, und seit dem Jahre 1919 hat er wiederholt im Reichstabinett Ministerposten bekleidet. Robert Schmidt ist somit einer der Repräsentanten der großen Politik, aber er ist auch als Inhaber der höchsten Ehrenämter der schlichten Kamerad geliebt, der er von jeher war, und wie Holzarbeiter dürfen stolz darauf sein, Robert Schmidt als einen der Unseren bezeichnen zu dürfen.

Robert Schmidt ist am 15. Mai 1864 in Berlin geboren. Schon frühzeitig hat er sich in der Arbeiterbewegung betätigt, zunächst in seiner gewerkschaftlichen Organisation. Vom Jahre 1890 bis 1893 war er Vorsitzender des Klaviermacherverbandes. Als dieser im Jahre 1893 in den neugegründeten Deutschen Holzarbeiter-Verband ausging, wurde Schmidt in den Verbandsauschuss gewählt. Bis zum Jahre 1908 war er dessen Vorsitzender. Als der Verbandsvorstand, der bis dahin seinen Sitz in Stuttgart hatte, im Jahre 1908 nach Berlin überlieferte, wurde Schmidt Vorsitzender der Pressekommision; dieses Amt hat er bis zum Jahre 1919 bekleidet. Bis dahin stand er in enger Verbindung mit unserem Verband. Er hat an allen Verbandstagen teilgenommen und auf die Ausgestaltung unserer Organisation einen großen Einfluss ausgeübt. Daß Robert Schmidt seit 1903 der Generalkommission der Gewerkschaften, dem heutigen Bundesvorstand, zunächst als Zentral-Arbeitersekretär, später in anderer Stellung angehörte, daß sein Wirken auf sozialpolitischem Gebiet, seine wirtschaftspolitischen Kenntnisse ihn zu hohem Ansehen im Reichstage verholfen haben, so daß er wiederholt als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei in die Reichsregierung delegiert wurde, sei hier, wo wir uns darauf beschränken, auf die engen Beziehungen hinzuweisen, die Robert Schmidt mit unserer Organisation verbindet, nur nebenbei erwähnt. Der Deutsche Holzarbeiter-Verband widmet seinem hervorragenden Mitgliede Robert Schmidt, dem er viel verdankt, die besten Glückwünsche. Hoffen wir, daß er in voller körperlicher und geistiger Frische seine Kräfte noch lange dem Dienste der Arbeiterbewegung widmen kann, wie er es so viele Jahre getan.

Statistisches aus den Branchen.

Zu den Voraussetzungen einer planmäßigen Organisationsarbeit gehört auch die genaue Kenntnis des Organisationsgebiets. Man muß wissen, in welchen Orten und wie stark die Industrie vertreten ist, wie es um die wirtschaftlichen und technischen Verhältnisse der einzelnen Betriebe bestellt ist, und wie die Arbeits- und Lohnbedingungen aussehen. Auch über die Zusammensetzung der Arbeiterchaft (wieweil Männer, Frauen, Jugendliche, Lehrlinge) und über ihr Organisationsverhältnis muß man im Bilde sein. Um diese Übersicht zu gewinnen, hat unser Verbandsvorstand in der Vorkriegszeit von Zeit zu Zeit umfassende statistische Erhebungen vorgenommen. Während des Krieges und auch nachher konnten solche Erhebungen leider nicht mehr vorgenommen werden. Das ist ein Mangel, der manchmal recht fühlbar ist, und dem hoffentlich bald abgeholfen wird. Als ein bescheidener Anfang können die Umfragen gelten, die jetzt für eine Reihe von Branchen veranstaltet werden. Es handelt sich um jene Branchen, für die eine Zentralkommission nicht mehr besteht. Das sind die Bootsbauer, Korzarbeiter, Modellistler, Musikinstrumentenarbeiter, Parkettleger, Schuhleistenarbeiter und Bergolder. Die Aufgaben, die den Zentralkommissionen gestellt waren, werden jetzt von der Branchenabteilung des Verbandsvorstandes erledigt. Bisher liegen für drei Branchen die Ergebnisse der Umfragen vor.

Leider muß auch jetzt wieder festgestellt werden, daß manche Ortsverwaltungen den Wert statistischer Umfragen für unsere Agitations- und Organisationsarbeit noch immer nicht begriffen haben. Bei der Umfrage für die Korzarbeiter wurden an 34 Verwaltungsstellen Fragebogen versandt, acht davon, und zwar Darmstadt, Einbeck, Eichwege, Halle, Kiel, Quedlinburg, Schwerin und Wundt, haben die Fragebogen nicht zurückgeschickt. In den übrigen 26 Verwaltungsstellen wurden 41 Betriebe mit 1431 Beschäftigten gezählt. Davon sind 746 gleich 52,1 Prozent Arbeiter, 522 gleich 36,5 Prozent Arbeiterinnen und 163 gleich 11,4 Prozent Jugendliche beiderlei Geschlechts. Von den Beschäftigten waren 1063 gleich 74,3 Prozent Mitglieder unseres Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, 70 gleich 5,5 Prozent gehörten einer anderen Organisation an, und 289 gleich 20,2 Prozent waren unorganisiert. Von den Beschäftigten sind am besten organisiert die Arbeiterinnen; von je 100 gehören 83,1 unserem Verbands an. Dann folgen die Jugendlichen mit 81,0 Prozent und zuletzt die Arbeiter mit 66,6 Prozent.

An der Umfrage für die Parkettleger sind 31 Verwaltungsstellen beteiligt, aus einer, und zwar Regensburg, waren Angaben nicht zu erhalten. In den 31 Orten wurden 111 Betriebe mit 669 Beschäftigten ermittelt. Davon sind 590 gleich 88,2 Prozent Facharbeiter und 79 gleich 11,8 Prozent Hilfsarbeiter. Von den Facharbeitern gehören unserem Verbands an 503 gleich 85,3 Prozent, von den Hilfsarbeitern 72 gleich 91,1 Prozent. Anderen Verbänden gehörten 28 gleich 4 Prozent Beschäftigten an, und 66 gleich 10 Prozent waren unorganisiert.

Aus 17 Orten mit 22 Verwaltungsstellen wird berichtet, daß in 11 Orten gearbeitet wird, in 5 Orten mit 205 Beschäftigten wird in Kford und Lohn und in 9 Orten

mit 146 Beschäftigten nur in Lohn gearbeitet. Die Bodenleger arbeiten fast überall mit eigenem Werkzeug. Eine besondere Wertzeugenschädigung wird in 14 Orten gewährt; aus den anderen Orten wird berichtet, daß die Entschädigung in den Lohn eingerechnet sei. Die Berechnung der Wertzeugenschädigung erfolgt in den meisten Fällen derart, daß ein bestimmter Prozentsatz (1 bis 5 Prozent) des Wochenverdienstes als Entschädigung gezahlt wird. In einigen Fällen gibt es eine feste Zulage, die in ihrer Höhe gleichfalls sehr unterschiedlich ist; sie beträgt 15 bis 78 Pfennig pro Woche. In einem Ort erhalten die Arbeiter das abgenutzte Werkzeug ersetzt.

Von den 56 Verwaltungsstellen mit Bootsbauern haben 48 die Fragebogen zurückgeschickt, während 8 Verwaltungsstellen, und zwar Rosel, Glogau, Kiel, Spandau, Straßburg, Teltow, Warnemünde und Wilhelmshaven, nicht berichtet haben. In den 48 Orten wurden 137 Betriebe mit 5501 Beschäftigten ermittelt. Davon sind 3466 gleich 63,0 Prozent Facharbeiter, 1195 gleich 21,7 Prozent Hilfsarbeiter, 262 gleich 4,8 Prozent Jugendliche und 578 gleich 10,5 Prozent Lehrlinge. Das Organisationsverhältnis bei den Bootsbauern ist wenig günstig. Von den Beschäftigten gehören 1687 gleich 30,7 Prozent unserem Verbands an, 1851 gleich 33,6 Prozent dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, 440 gleich 8,0 Prozent anderen Verbänden und 1523 gleich 27,7 Prozent sind unorganisiert. Lehrreich ist die Tatsache, daß die Lohnverhältnisse in den Orten am ungünstigsten sind, wo unser Verband schwach vertreten ist. In einem Ort mit 1350 Beschäftigten, von denen 25 dem Deutschen Holzarbeiter-Verband angehören, 400 dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, 200 anderen Verbänden und 725 überhaupt keinem Verband, wurden im Februar 30 Pfennig Stundenlohn gezahlt; das ist der niedrigste Lohn, der überhaupt ermittelt wurde. Diese betrübende Tatsache zeigt so recht klar, wie notwendig der Zusammenschluß in den Gewerkschaften ist, wenn die Arbeiterchaft sich günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen verschaffen will.

Zentralstellenvermittlung der Bildhauer.

Zentralstellenvermittlung der Bildhauer.

Verlangt: Holzbildhauer nach Edenloben (Pfalz), GutsMuths in Rheinland (besondere Kraft als Korzarbeiter, auch figürlich), Weida i. Th., Bonn a. Rh., Staffurt, Dessau, Leisnig i. S., Magold i. Württg. Respektanten wollen sich schriftlich wenden mit Angabe, ob bessere oder mittlere Kraft, an P. Dupont, Berlin S. O. 16, Am Köllnischen Park 2.

Korrespondenzen.

Reichenbach i. Vogtl. Die Karosseriefabrik von Ostar Schneider u. Söhne, in Firma Boigtländische Fahrzeugfabrik, hat ein neues System erfonnen, die Arbeiter zu schikanieren. Sie stellt die Arbeiter mit einer mehrwöchigen Probezeit ein, in der sie jederzeit entlassen werden können. Dazu sucht sie durch Anzeigen in allen möglichen Zeitungen Arbeiter von auswärts heranzuziehen. In welche Schwierigkeit ein Kollege kommen kann, wenn er aus irgendeinem Grunde oder auch ohne einen solchen nach kurzer Beschäftigungsdauer auf die Straße gesetzt wird, kann sich jeder denken. Wer also auf die Inserate der Firma reagieren will, veräume nicht, vorher schriftlich feste Vereinbarung zu treffen. Noch besser ist es freilich, die Inserate der Firma unbeachtet zu lassen.

Unsere Lohnbewegung.

Schwierige Verhandlungen.

Der Versuch, an Stelle des Reichsmantelvertrages für die deutsche Holzindustrie Bezirkstarifverträge zu schaffen, ist doch nicht so leicht durchzuführen, wie es sich die Unternehmer vorstellten, als sie den Reichsmantelvertrag scheitern ließen. Im Arbeitgeberlager haben vermutlich Kräfte gewirkt, die den Deutschen Holzarbeiter-Verband nicht genügend kennen, und die sich deshalb der Hoffnung hingaben, in den Bezirken mit leichter Mühe das zu erreichen, was sie bei den zentralen Verhandlungen nicht erlangen konnten. Sie haben sich wohl inzwischen davon überzeugt, daß der gewählte Weg schwerlich zum Ziele führt. Aus manchen Andeutungen ist zu schließen, daß bei den Unternehmern die Neigung zur Wiederaufnahme zentraler Verhandlungen im Wachsen begriffen ist. Ob sich diese Auffassung durchsetzt, steht dahin. Es liegt uns fern, die taktischen Entschlüsse der Unternehmer beeinflussen zu wollen; wir lassen die Dinge an uns herankommen, und die Vertreter unseres Verbandes bemühen sich indessen, in den bezirklichen Verhandlungen mit den Unternehmern zu Rande zu kommen. Allerdings sind diese Bemühungen bisher nur von geringem Erfolge begleitet gewesen.

Einzig aus dem Bezirk Halle-Merseburg liegt aus der letzten Woche eine Vereinbarung über die Arbeitszeit vor. Sie bemißt die wöchentliche Arbeitszeit auf 48 Stunden. Bis zu drei Überstunden mit 10 Prozent Zuschlag können pro Woche verlangt werden, wenn der Betrieb voll beschäftigt und die Betriebsvertretung vorher gehört ist. Über weitere Überstunden entscheidet der Arbeitgeber in Gemeinschaft mit der Betriebsvertretung. Sie sind dann mit 20 bzw. 50 Prozent Zuschlag zu bezahlen.

Im Freistaat Sachsen haben die Unternehmer einen starken Verbruch an Vertretern bei den Verhandlungen. Was der einen Garnitur nicht gelingt, erwarten die Herren von der anderen, die sie nachher vorschicken. Sie bilden sich ein, eine vertragliche Festschließung der Arbeitszeit auf 53 Stunden erlangen zu können. Die Parteien haben mehrere Tage lang, erst unter sich, dann unter dem Vorsitz des Landesrichters verhandelt. Diesem ist schließlich die Methode der Unternehmer zu dumm geworden. Er hat es abgelehnt, eine Entscheidung zu fällen. Die Verhandlungen sind also gescheitert, und in der Stuhlindustrie ist es bereits zu Arbeitseinstellungen gekommen.

In Thüringen war eine Verständigung über einen neuen Vertragsentwurf erzielt. In einer Vertreterkonferenz am 5. Mai haben aber unsere Kollegen den Vertrag wegen der Bestimmungen über die Arbeitszeit abgelehnt. Sie beharren darauf, daß Überstunden über 48 Stunden hinaus erst gefordert werden dürfen, wenn alle Arbeitsplätze besetzt sind;

auch erscheint es ihnen nicht annehmbar, daß bei Streitigkeiten über die Leistung von Überstunden der Gewerbeinspektor entscheiden soll. Im erneute Verhandlungen einzutreten, haben die Unternehmer abgelehnt.

Im Bezirk Niederachsen ist verhandelt worden, ohne zu einem Ergebnis zu gelangen. Die Streiks und Aussperrungen in den Städten Hameln, Holzminden, Lauterberg, Münden a. D. und Blomberg dauern fort.

Für Württemberg und Baden hat der Vorsitzende des Stuttgarter Schlichtungsausschusses einen Vorschlag gemacht, der den Lohn ab 24. April auf 65 Pf., ab 16. Mai auf 68 Pf. festsetzt. Für die Arbeitszeit das bayerische Abkommen (siehe Nr. 18 der „Holzarbeiter-Zeitung“). Für die Ferien die seitherigen Vertragsbestimmungen mit einigen Änderungen. Unsere Kollegen haben den Vorschlag angenommen, die Unternehmer haben ihn abgelehnt.

Die Verhandlungen für die Provinz Brandenburg wurden ergebnislos abgebrochen. Die Unternehmer forderten 51 Stunden ohne Zuschlag und machten schließlich den Vorschlag, das Ergebnis einer Konferenz abzuwarten, die sie auf den 17. Mai anberaunt haben.

Die Verhandlungen, die am 6. Mai für Schlesien geführt wurden, konnten kein Ergebnis zeitigen, weil die Unternehmer die 54stündige Arbeitszeit forderten. Vermutlich werden sie jetzt den Schlichter anrufen.

Aus dem seitherigen Tarifgebiet Hamburg-Schleswig-Holstein liegt bisher nur die Mitteilung vor, daß die Unternehmer für Schleswig-Holstein, ohne Hamburg-Altona, gesondert verhandeln wollen.

Im Bezirk Rheinland-Westfalen ist den Parteien durch Schiedspruch aufgegeben, bis zum 1. Juni einen neuen Vertrag abzuschließen. Es ist sehr fraglich, ob ein solcher zustande kommt, denn die Unternehmer haben ihre Wünsche in einem Vertragsentwurf vorgelegt, der schlechterdings nicht ernst genommen werden kann.

Für das südbessische Sägewerke wurde am 6. Mai in Darmstadt ein Schiedspruch gefällt, der die Spitzenlöhne ab 9. Mai in den vier Ortsklassen auf 51, 46, 43 und 40 Pf. festsetzt. Die regelmäßige Arbeitszeit beträgt 48 Stunden, sie kann bei Bedarf bis auf 54 Stunden ausgedehnt werden, doch sind dann 10 Prozent Zuschlag zu zahlen.

Für die brandenburgische Sägewerksindustrie wurde ein Lohnabkommen mit Gültigkeit vom 2. Mai bis 19. Juni abgeschlossen. Der Lohn beträgt für die Arbeitergruppe AI in Berlin 69 Pf. Für die Provinzorte kommen die Ortsklassen III bis VII in Betracht mit Spitzenlöhnen von 54, 48, 43, 40 und 39 Pf.

Für die Sägewerksindustrie in Rheinland-Westfalen steht das am 10. Mai vereinbarte Abkommen die Spitzenlöhne in den fünf Ortsklassen mit Wirkung vom 5. Mai an auf 58, 56, 52, 46 und 42 Pf. fest.

In Berlin wurde für die Musikinstrumentenindustrie vom Schlichtungsausschuss ein einstimmiger Schiedspruch gefällt, der besagt, daß der Tariflohn vom 19. April bis 30. Mai auf 84 Pf. festgesetzt wird. Auf die vom 20. bis 27. März gezahlten Löhne und Akkordfäge wird für die Zeit vom 19. April bis 20. Mai eine Zulage von 40 Prozent gewährt. Die Entschädigung der Lehrlinge beträgt in den vier Lehrjahren 3, 6, 8 und 14 Mk. wöchentlich.

Für die Wagen- und Karosseriefabriken hat ein Schiedspruch den Lohn auf 72 Pf. festgesetzt. Dieser Spruch wurde von den Arbeitern abgelehnt, und in erneuten Verhandlungen wurde eine Verständigung erzielt, die den Spitzenlohn ab 30. April auf 75 Pf., ab 14. Mai auf 78 Pf. festsetzt. — Die Berliner Korbmacher befinden sich zur Abwehr von Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen seit dem 5. Mai im Streit.

In Klingenthal in Sachsen ist es zu einem umfangreichen Kampf in der Harmonikaindustrie gekommen. In langen Verhandlungen lehnten die Unternehmer nicht nur jede Erhöhung der völlig unzulänglichen Löhne ab, sie wollten auch die Arbeitszeit auf 54 Stunden verlängern und sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen durchführen. Als dann die Kollegen vom 6. Mai an die Arbeit in zwei Betrieben ruhen ließen, kündigten die Unternehmer die allgemeine Aussperrung an, von der, wenn sie durchgeführt wird, etwa 2500 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen werden.

Aus der Holzindustrie.

Der Aufstieg im Drechlerhandwerk.

Unverkennbar ist der Aufschwung, den das Drechlerhandwerk in den letzten Jahren genommen hat. Unter Führung von ersten Kunstgewerblern wurde es aus seiner untergeordneten Stellung im Kunstgewerbe emporgehoben; ihm wurde eine Grundlage gegeben, auf der es sich weiter entwickeln kann. Voraussetzung hierzu ist jedoch, daß die Fehler vermieden werden, die das Drechlerhandwerk fast drei Jahrzehnte lang völlig in den Schatten stellten. Auch heute ist das Mißtrauen noch nicht ganz beseitigt, das in kunstgewerblichen Kreisen gegen die Drechler, allerdings mit Unrecht, bestand. Doch kann der Tiefstand, auf den das Gewerbe herabgesunken war, als überwunden gelten. Nicht nur in der Möbelindustrie findet die gedrehte Zierart heute wieder reichliche Verwendung, sondern es sind auch eine Anzahl schöner Arbeiten entstanden, die dem Handwerk ein selbständiges Gepräge geben und es von anderen Gewerben unabhängig machen. Reichlich sind die Möglichkeiten, dem Drechler neue Arbeiten zuzuführen; er muß aber auch verstehen, seine Erzeugnisse durch einwandfreies Material und schöne Formgebung so zu gestalten, daß sie sich der dauernden Wertschätzung kunstsinziger Kreise erfreuen.

Der Drechler von heute ist, weil zumeist ohne theoretische Fachbildung, in der Gestaltung seiner Erzeugnisse auf eine Führung aus dem Kunstgewerbe angewiesen. Dem Gewerbe selbst fehlen die schöpferischen Kräfte in den eigenen Reihen. Das ist ein recht bedauerlicher Zustand, der auch durch die beiden soeben erschienenen Vorträge für moderne Drechlerarbeiten*) nicht beseitigt werden kann.

*) Moderne Drechlerarbeiten in einfacher und reichlicher Ausführung. 25 Entwürfe auf 25 Tafeln. Von Carl Wagner, Gewerbeinspektor in Leipzig. Verlag: Friedr. Voigt, Weimar. Preis 2,00 Mk. — Drechlerarbeiten. 50 Entwürfe moderner Drechlerarbeiten. Von Eudenberg, Hugo Knappe, Leo von Mander, Richard Otto Schöber, Richard von Wernisch. Auf 12 Kunsttafeln in fester Mappe und Verbandsmappe. Preis 4 Mk. Verlag: G. Ernst Schweizer, Leipzig-Weimar.

Immerhin können diese dem Drechsler in gewisser Hinsicht auf kunstgewerblichem Gebiete Führer sein. Die Formgebung der Entwürfe ist, von einigen Ausnahmen abgesehen, architektonisch einwandfrei. Ob aber der Drechsler in der Lage ist, nach den gegebenen Vorlagen verschiedene Arbeiten so auszuführen, wie die Zeichner sie sich gedacht haben, möchten wir bezweifeln. So weist das Marggraffsche Werk Zeichnungen auf, die nicht klar genug gehalten sind, wodurch es dem Drechsler schwer wird, die gewollte Form richtig zu finden.

Gewagt scheint uns die Konstruktion der Schöderschen Deckenbeleuchtungskörper zu sein, deren Formgebung zudem stark metallische Formen aufweist. Mustergültig vom fachtechnischen und kunstgewerblichen Standpunkt aus sind die Entwürfe des um die Förderung des Drechslerhandwerks sehr verdienten Studienrats Knoppe von der Leipziger Drechslerfachschule, was auch von den Arbeiten des Professors Mander gesagt werden kann. Beide Vorlagewerke enthalten die mannigfaltigsten Arbeiten auf dem Gebiete der Drechkunst. Sie würden aber ihren Zweck weit besser erfüllen, wenn auf jeder Tafel weniger Entwürfe, diese aber, und das gilt namentlich für das Marggraffsche Werk, einwandfreier dargestellt wären. Bei beiden Werken vermissen wir Angaben über das zu verwendende Material und über die Oberflächenbehandlung. Das Material bestimmt die Form und letztere ist wieder davon abhängig, ob die Oberfläche farbig gehalten, ob sie poliert wird oder sonstige auszuführen ist. Die Art der Ausführung kann und darf nicht in das Belieben des einzelnen gestellt werden, da sonst die Gefahr besteht, daß die kaum gewonnenen Qualitäten dem Drechsler wieder verlorengehen.

Die Vorlagewerke könnten dem Drechsler mangels anderer Muster ein Notbehelf sein. Aber ohne nähere Details, die wir in beiden Vorlagewerken vermissen, ist es nicht möglich, eine der Vorlage entsprechende Arbeit auszuführen.

Für gute Entwürfe ist sicher in dem im Aufstieg befindlichen Drechslerhandwerk ein starkes Bedürfnis vorhanden. Um den Aufstieg nicht zu hemmen, darf dem auf führende Kräfte angewiesenen Drechslerhandwerk aber nur das Beste geboten werden. Dann wird sich um so sicherer wahre Handwerkskunst auch im Drechslerhandwerk durchringen, und sie wird zu allen Zeiten als ein wertvolles Nationalgut gepflegt und geschätzt werden.

Englische Holzgeschäfte mit Polen.

Nach Zeitungsnachrichten ist zwischen der polnischen Regierung und einer englischen Gesellschaft (Century Trust Limited) ein Vertrag abgeschlossen worden, welcher der Gesellschaft das Recht gibt, die riesigen Wälder von Bialowocz, Buzstjan, Grodno und Slonim auszubenten. Diese Wälder umfassen eine Fläche von über 300000 Hektar. Die Ausbeutung erfolgt durch die „International Timber Corporation“ (Internationale Holz-Gesellschaft), der polnischen Filiale der englischen Gesellschaft. Die Internationale Holz-Gesellschaft hat das Recht, jährlich 720000 Kubikmeter Holz zu fällen. Als Gegenleistung hat die Gesellschaft, je nachdem wie die Qualität des Holzes ausfällt, 2 1/2 bis 3 Millionen Pfund Sterling an den polnischen Staat zu zahlen. Von besonderer Bedeutung ist die Bestimmung des Vertrages, daß die Gesellschaft mit dem Holzeinschlag im September beginnen kann, aber erst vom Dezember an Zahlungen zu leisten braucht. Der polnische Staat ist berechtigt, von der Gesellschaft Holz zu kaufen, aber höchstens 20 Prozent der gefällten Menge. Die Beamten, die die Ausbeutung der Wälder leiten, sind Engländer, während als Arbeiter Polen beschäftigt werden. Der Vertrag ist auf die Dauer von zehn Jahren abge-

schlossen, für die Verarbeitung und den Abtransport hat die Gesellschaft weitere drei Jahre Zeit.

Man wird nicht fehlgehen in der Annahme, daß Polen zum Abschluß dieses Vertrages durch seine finanzielle Notlage gezwungen worden ist. Zwar kann Polen nun in den nächsten zehn Jahren alljährlich mit einer bestimmten Einnahme rechnen, im ganzen aber bedeutet der Vertrag für Polen ein großes Verlustgeschäft. Die englische Gesellschaft besitzt auf dem Gebiete der Waldausbeute bereits einige Erfahrung, da sie auch mit Estland, Lettland und Litauen solche Verträge abgeschlossen hat. Für Deutschland hat das Holzgeschäft zwischen Polen und England insofern Bedeutung, da Polen als Holzlieferland für die deutsche Holzwirtschaft in Frage kommt. In den letzten Jahren war Polen für uns das zweitbeste Holzeinfuhrland. Ob das auch in Zukunft noch der Fall sein kann, erscheint uns recht fraglich.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaftliche Fachzeitschriften.

Die Gewerkschaften haben sich seit jeher die Förderung des beruflichen Könnens und Wissens ihrer Mitglieder angelegen sein lassen. Zwar wurde in ihren Reihen einmal die Frage aufgeworfen, „ob es im Zeitalter des Klassenkampfes Aufgabe der Gewerkschaften sein kann, für die fachwissenschaftliche Bildung ihrer Mitglieder zu sorgen und die für die Kampfwende nötigen Mittel dafür zu verwenden. Wachsen für den Klassenkampf werden durch die Fachbelehrung nicht geschmiedet“. Solche Unterzuse fanden und finden in der Arbeiterschaft aber nirgends Widerhall. Jene Kreise hatten die unerschütterliche Befürchtung, daß die Arbeiter bei fortschreitender Berufsausbildung den Gewerkschaften entfremdet würden. Die Entwicklung hat jedoch gezeigt, wie falsch diese Meinung ist. Heute wissen wir, daß die Gewerkschaften ihren festesten Stützpunkt gerade in jenen Arbeiterschichten haben, die in ihrem Beruf tüchtig sind. Nicht der Arbeiter ist ein wertvoller Klassenkämpfer, der sich gefühlsmäßig gegen das Unrecht der kapitalistischen Wirtschaft auflehnt, sondern jener Arbeiter, der die Wurzeln des Unrechts klar erkennt und die geistigen und beruflichen Fähigkeiten besitzt, am Aufbau der Gemeinwirtschaft tatkräftig mitzuarbeiten. Dazu gehört neben Wissen allgemeiner Natur, volkswirtschaftliches und berufliches Wissen und Können. Eine hochentwickelte und ertragreiche Volkswirtschaft ist auch für die Arbeiterschaft ein Vorteil, insofern sie durch ihre Gewerkschaften es versteht, sich einen hohen Anteil an den geistigen und materiellen Gütern ihrer Arbeit zu erringen.

Leider hat es den Gewerkschaften in manchen Zeiten an Mitteln und Personen gefehlt, um die fachtechnische und fachwissenschaftliche Bildungsarbeit so zu fördern, wie das notwendig ist. Unter den verschiedensten Bildungsmitteln kommt den Fachzeitschriften die größte Bedeutung zu. In Erkenntnis dieser Tatsache geben mehrere Gewerkschaften Zeitschriften heraus, in denen technische, kunstgewerbliche und wissenschaftliche Fragen des Berufes behandelt werden. Nach unserer Kenntnis sind das neben unserem Deutschen Holzarbeiter-Verband die Verbände der Bäcker, Bekleidungsarbeiter, Buchdrucker, Landarbeiter, Lithographen, Maschinisten, Schornsteinfeger und Textilarbeiter. Ob gegenwärtig alle Verbände ihre Fachzeitschriften erscheinen lassen, ist uns nicht bekannt. Der Bäcker-Verband hatte das Erscheinen seiner Zeitschrift im Oktober 1923 eingestellt. Sie wurde ein Opfer des Währungszusammenbruchs, unter dem die Gewerkschaften furchtbar gelitten haben. Nachdem sich die Ver-

hältnisse nun leidlich gebessert haben, erscheint auch wieder die Fachzeitschrift der Bäcker. Die Lithographen haben im April dieses Jahres mit der Herausgabe ihrer Fachzeitschrift begonnen.

In welchem Maße die verschiedenen Fachzeitschriften ihren Zweck erfüllen, können allein die Berufsangehörigen der einzelnen Gewerbe entscheiden. Über unser „Fachblatt für Holzarbeiter“ gibt es bei Freund und Feind nur eine Meinung, es ist eine Fachzeitschrift wie sie sein muß. Das „Fachblatt für Holzarbeiter“ erscheint seit 1906 ununterbrochen. Auch in der letzten Hälfte des Jahres 1923, wo seine Herausgabe umfangreiche Zuschüsse erforderte, hat unser Verbandsvorstand es weiter erscheinen lassen. Abgesehen ist das Fachblatt noch niemals ein Gewinnunternehmen gewesen, und das soll es ja auch nicht sein. Es ist eine der Waffen der Holzarbeiterkämpfe um ihren geistigen und materiellen Aufstieg. Die Verbandsmitglieder die Bedeutung des „Fachblatt für Holzarbeiter“ zu schätzen wissen, zeigt die sich ständig vergrößere Leserschaft. Auch die vom Verband herausgegebenen Sonderhefte für Bildhauer, Drechsler, Korbmacher und Stellmacher haben stets guten Anklang gefunden. Das ist ein Zeugnis dafür, daß unsere Fachzeitschriften so sind, wie sie sein müssen und daß die Holzarbeiter bestrebt sind, ihr fachliches Wissen und Können zu vervollkommen.

Literarisches.

Herders Zeitschrift. Sonderausgabe des zweiten Ergänzungsbandes von Herders Konversationslexikon. Zwei Bände, zusammen 2064 Spalten mit zahlreichen Bildern und Karten. Preis der beiden Bände in Halbleinen 26 Mk. Verlag Herder u. Co. G. m. b. H. Freiburg (Baden).

Herders Zeitschrift rühmt sich, von weltanschaulicher Höhe aus das Leben und seine Tatsachen zu betrachten. Das kann geschehen, ohne daß die Objektivität der Darstellung darunter zu leiden braucht. „Herder“ ist dafür ein Beweis, wenn auch hier und da sich latently-dogmatische Weltanschauung zu merken ist. Im allgemeinen aber beschränkt sich der „Herder“ größter Objektivität. Alle Zweige des Lebens und Wissens finden Berücksichtigung. Erfreulich ist, daß die sozialen Fragen eingehend behandelt werden. Die Darstellung verständlich und übersichtlich, so daß der „Herder“ ein brauchbares Nachschlagewerk ist.

Die Frauenerwerbsarbeit in Deutschland. Von Anna Geyer, Verlag der Ehringer Verlagsanstalt und Druckerei G. m. b. H., Jena, Preis 2 Mk. — Die Erwerbsarbeit der Frau ist ein Gebiet, dessen Bedeutung in den verschiedensten Richtungen im ständigen Wachstum begriffen ist. Im vorliegenden Buch hat die Verfasserin eine Fülle von Material zusammengetragen und es in sachkundiger Weise bearbeitet. Die arbeitende Frau findet darin reiche Belehrung und wertvolle Anregung.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter, Hamburg.

XI. Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Der Vorstand der Kasse beruft hiermit die nächste 26. Generalversammlung auf den 19. August 1924 und folgende Tage nach Hamburg ein.

Tagesordnung:

1. Berichte der Mandatprüfungskommission.
2. Berichte: a) des Aufsichtsrats, b) des Vorstandes und Hauptkassierers, c) der Kassenprüfungskommission.
3. Satzungsänderung.
4. Wahl und Bericht der Haushaltskommission.
5. Bericht und Beschlusfassung über eingegangene Beschwerden.
6. Wahlen: a) des Stichtes und der Mitglieder sowie Ersatzmänner für den Aufsichtsrat, b) der Vorstandmitglieder und deren Ersatzmänner.
7. Erledigung sonstiger Kassenangelegenheiten.

Der Vorstand: J. A. J. Banghaf, Vorsitzender.

Gehrstelle für Schreiner
gelehrt. 16 Jahre, schon ein Jahr gelernt. Diese Stelle wegen familiärer Verhältnisse aufgegeben. Angebote erbeten an Kaiser Gehliger, S u s h a m in Oberhain.

Tüchtige ältere Schreiner
auf nur beste Möbelarbeit in Eiche und poliert für Dauerstellung sofort gel. Hans Müller, Kunstgewerbliche Schreiner, Dillingen a. d. Donau.

Ein tücht. Tischlermeister als Zuschneider u. Zureißer
zur fertigen Speise- und Herrenschränken sowie zwei tüchtige Bankschreiner, welche selbst arbeiten können, u. Zeichnung für sofort u. dauernd gesucht. Angebote an Kaiser Gehliger, S u s h a m in Oberhain.

Furnierarbeiter
mit Hauptschichten erbeten an Kaiser Gehliger, S u s h a m in Oberhain.

Fertigpolierer, Abzieher und Schreiner
zur fertigen Speise- und Herrenschränken sowie zwei tüchtige Bankschreiner, welche selbst arbeiten können, u. Zeichnung für sofort u. dauernd gesucht. Angebote an Kaiser Gehliger, S u s h a m in Oberhain.

Tüchtige Klavierarbeiter und Schreiner
in dauernde Stellung gesucht. Angebote an Kaiser Gehliger, S u s h a m in Oberhain.

Perf. Stimmer u. Latener,
zur fertigen Speise- und Herrenschränken sowie zwei tüchtige Bankschreiner, welche selbst arbeiten können, u. Zeichnung für sofort u. dauernd gesucht. Angebote an Kaiser Gehliger, S u s h a m in Oberhain.

Verbandsmitglieder! Schließt
mit Versicherungen ab bei der

Volksfürsorge
Hamburg 5.

2 junge Holzdrehler auf best. Möbelarbeit für sofort und dauernd gesucht. Kost und Logis wird bestr. Fr. Schwertfeger, Drehschleifer und Sägewerk, Steinheim in Weiskalen.

Tücht. Hartgummidrehler
für dauernde, sehr lohnende Arbeit gesucht. Siebert & Löwen, Elberfeld, Gartenstraße 8.

Wir suchen für dauernd einen tüchtigen Bildhauer als Vor-energetischen Arbeiter, nur allererste Kraft, der sowohl in geistlichen wie ornamentalen Arbeiten durchaus erfahren ist und mehrere Bildhauern vorstehen kann. Eintritt kann sofort erfolgen. Lebenslauf unter Angabe der bisherigen Tätigkeit mit Zeugnissen erb. Krähle & Schulze, Möbelfabrik, Gustfischen (Hilb.), Kölnen Str. 81.

Zwei Rahmenvergolder
werden aufgenommen. Wittenberg & Co., Leipzig, Bergstraße 21.

Wegen Todesfall suche sofort zur Führung meines Wagenbaugeschäfts tüchtigen Geldschlichter
mit abgelegter Meisterprüfung sowie einen Gehilfen. Angebote mit Zeugnisabschriften u. Lohnforderung direkt an Wagenbaugeschäft Angermeyer, Amberg, Oberpfalz.

Einige tücht. Korbmacher
auf Feddigrohr- und Weidenmöbel stellen noch ein Werkstätten für Korbmöbel. Gmb. H. Heilgrasfeld, Eichen.

2 Korbmacher auf Grängel. e sucht. Franz Sander, Osterburg i. d. Altmark, Bismarckstr. 10.

Suche für sofort vier tüchtige Gestellarbeiter
Clemens Böder, Kippelstr. i. Bessl.

Mehrere Korbmacher
auf Grängel. e sucht. Franz Sander, Osterburg i. d. Altmark, Bismarckstr. 10.

2 bis 3 tüchtige Korbmacher
auf Grängel. e sucht. Franz Sander, Osterburg i. d. Altmark, Bismarckstr. 10.

Korbmacher
für sofort gesucht: Mehrere tüchtige auf Möbel und geschlagene Arbeit. Für Unterkunft wird gesorgt. Wllg & Berger, Schönebeck im Regland.

15 Korbmacher
auf Feddig- u. Weidenmöbel, nur tüchtige Kräfte, stellt noch ein Paul Kichling, Burzen.

Einige perf. Korbmacher
auf Feddig- u. Weidenmöbel werden sofort verlangt. Kurt Klink, Kottbus, Marktplatz 25.

Korbmacher
für Korbmöbel und Reparaturen sucht bei gutem Lohn G. Scholz, Düsselbort, Am Böhnhahn 10a.

Korbmacher
einige Gestellarbeiter,
nur ganz tüchtige Kräfte, stellt noch ein Theodor Reimann, Dresden-K., Königsstraße 3.

Tüchtige Ringpinselmacher
und Deckenbürstenmacher
sucht Frontarter Bürsten- und Pinselabrik Osler Steinide, G. m. b. H., Frankfurt a. d. Oder.

3 tüchtig. Bürstenmacher
verl. Karl Fuhr, Gollnow i. Pomm.

Suche für meine Klumpen-Holz-
schmiederei (Hand u. Maschine) für sofort einen perfekten gelernter untergeordneten Holzschuhmacher, der durchaus in der Lage ist, selbständig zu arbeiten. Kost u. Logis wird gestellt. Bezahlt nach Wunsch. Wilhelm Funke, Hammerholz a. d. Ruhr, Kreis Hagen, Westfalen.

Standuhr-Werke.
komplett zum Einbau, liefert billigst F. ENDMANN, Leipzig-Kitz., Elisabethallee 101.

Isidor - Fachschule Köthen.
Ab 1. Mai Beginn neuer Heiz- u. Polierkurse; bestens bewährt. Ausbildung zu all. Betriebsbeamten. Eintr. jederzeit. Prospekt nur geg. 20 Pf. Rückp.

Hodiglanzpolitur 945
aus reinem Gebl. und entwachsten Scheiflack ist das Ideal eines jeden Polierers. 1/2 Liter zur Probe. Alfred Zaunert, Berlin-Neukölln, Thiemannstr. 25.

Leim- u. Furnieröfen
fertig als Spezialität (Prosp. gratis) Gebr. Bettfinger, Freiburg i. B.

Polierwalle — Christ. Wünschmann, Rabenau in Sa.

Modell-Dübel.
passende Schlangenhäuter, Holzschraub. liel. ab Lager EDRG KELLER, FRANKFURT a. M. - Eldersheim.

Stuhlflechtrohr!
Halbglanz, beste, ergiebigste Qualität. liefert zu billigsten Preisen Waltherr, Dresden-N., Rehefelderstr. 53.

Stuhlflechtrohr!
in nur prima Qualität, offeriert zu den billigsten Tagespreisen Johann Lorenz, Korwarenfabrik, Berlin-Schöneberg, Merseburger Straße 3

Werkzeug-Neuheiten für Tischler
und englische Bildhauerwerkzeuge empfiehlt Otto Bergmann, Berlin SO 33, Doppelner Straße 31. Verlangen Sie bitte Preis!

Stuhlflechtrohr!
Beste Qualität halbgil.rosab.Nr.1 2 3 4 pro Pfund 4,60 4,20 4,- 3,80 Mk. liefert W. Heun, Bin. Pankow, Heunstr. 13-18, Tel.: Pankow 17, und Berlin W. Bülowstr. 50.

Rose's Handwagen!

SCHIFFHOBEL
verstellbar, aus Aluminium 17,- Mk., aus Eisen 13,- Mk. Ziehklängen-hobel, 70 mm, Eisen, 250 Mk. — Ers.-Eisen, Ziehklängen, Simshob., Dübelspitzer, gekr. — eisernen, Furniersägen usw. liel. bill. M. Waltherr, Dresden-N., Rehefelderstr. 53.

Wie baue ich selbst Photo-Apparate?
Lehrbuch, 40 Seit., geg. 60 Pf. in Briefmarken. F. Ditz, Leipzig [87 B]

Der beste Putzhobel
mit stets kleiner Maulöffnung 6.-Mark. m. echt. Pockholzsohle 8,50 Mk. lrt. Nachn. Gebrauchsfertig. Garantie. Sämtl. Tischlerwerkzeuge. Katalog mit Preisen gratis. Werkzeugfabrik M. Hiessinger in Nürnberg

Ia. Mattine,
hell, dick, 2 Gmk. pro Liter. Probekannen von 5 Liter geg. Nachnahme. Chemische Fabrik Rudolf Oehlke, Berlin SO 116, Lübbener Straße 1.

WIR EMPFEHLEN:
Das Schleifen, Belzen und Polieren
des Holzes, Eisenbeins, Horns, der Knochen, des Meerschaums, der Perlmutter, des Bernsteins und des Zelluloids. Ein Ratgeber für Werkstatt und Schule. Herausgegeben von C. Marggraf. Mit 51 Textabbildungen. 750 Gmk.

Verlagsanstalt d. Deutschen Holzarb.-Verbandes
G. m. b. H., Berlin SO 16, Am Kölln. Park 2.

SOEBEN ERSCHIEN:
DER TISCHLER
EINE FACHBÜCHEREI F. SCHULE U. WERKSTATT
Heft 4:
Konstruktion der Möbel v. Sauvage. Architekt
Preis des Heftes 2 Goldmark.
Die Hefte 1 bis 3 und 5 bis 7 erscheinen in den nächsten Wochen. Jedes Heft ist für sich abgeschlossen und einzeln lieferbar.
Verlagsanstalt d. Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO 16, Am Kölln. Park 2